



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 11/ 2013

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

„Mit den Bürgern – für die Bürger“

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- ⌚ Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- ⌚ Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Die BIZ zu den Koalitionsgesprächen nach der Bundestagswahl

Am 23. Oktober haben die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD begonnen, wann sie und mit welchen Ergebnissen sie abgeschlossen werden können, vermag noch keiner zu sagen. Mehr Demokratie setzt jetzt auf die SPD, dabei den bundesweiten Volksentscheid auf die Agenda zu setzen. Denn die Einführung direkter Demokratie auf Bundesebene gehört zur festen Programmatik der SPD. Zuletzt brachte sie im Juni 2013 einen Gesetzentwurf zur Volksgesetzgebung in den Bundestag ein. Und bei der Übergabe von über 100.000 Unterschriften für den bundesweiten Volksentscheid am 22. Oktober an SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sagte die SPD „willens und entschlossen“, das Thema in die Koalitionsverhandlungen einzubringen. Auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel bezeichnete sich zuletzt als „glühender Verfechter von Volksentscheiden auf Bundesebene“. Hier wollen wir nun ansetzen und den SPD-Verhandlungsführern Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann noch einmal signalisieren, wie wichtig es ist, die direkte Demokratie im Koalitionsvertrag zu verankern – und Ihnen eine weitere Argumentationshilfe in der Form von Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern geben. Bitte helfen Sie uns dabei! Jede E-Mail kann der Forderung nach Einführung bundesweiter Volksabstimmungen Nachdruck verleihen. Der E-Mail-Text kann individuell angepasst werden. **2.956 Menschen unterstützen bereits diesen Aufruf!**

Jetzt aktiv werden unter: www.volksentscheid.de/mitmachen

Vorname*

Name*

E-Mail*

Newsletter

Ja, ich möchte den kostenlosen Newsletter abonnieren.

Nein, im Moment nicht.

Mitteilung

Mit nachfolgendem veränderten Text habe ich mich in die vorbereitete Maske eingetragen und die E-Mail abgesendet.

D. Hoffmann



Volksabstimmungen jetzt!!

Sehr geehrter Herr Gabriel, sehr geehrte Herren
Oppermann und Steinmeier,

die direkte Demokratie ist Ihnen eine Herzensangelegenheit. Das freut mich sehr! Die SPD hat jetzt die Chance, Demokratieggeschichte zu schreiben. Die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen wäre bahnbrechend für eine andere politische Kultur in Deutschland, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr zutraut. Mit den Koalitionsverhandlungen kann es jetzt der CDU/CSU jetzt bundesweite Volksabstimmungen abtrotzen. Das sollte ein Schwerpunkt Ihrer thematischen Forderungen an den künftigen Koalitionspartner sein, um die Meinung des Volkes wie in vielen europäischen Ländern praktiziert, zu den wichtigsten Gesetzesvorhaben einzuholen. Das wiederum würde das Interesse an Politik beflügeln, statt nur aller 4 Jahre mit nicht einzulösenden Wahlversprechen seine "Stimme im wahrsten Wortsinn für eine Legislaturperiode abzugeben". **Im Sinne von Willy Brandt sehen wir uns „nicht am Ende unserer Demokratie“, sondern „wir fangen erst richtig an“.**

Wir hoffen sehr auf Sie!

D. Hoffmann

Der Zweckverband Wasser/Abwasser Zeulenroda beschloss Änderungen der Verbandssatzung

Wie aus dem Amtsblatt für den Landkreis Greiz (S. 76/77, Ausgabe v. 7. September 2013) ersichtlich, geht es um folgende Änderungen mit weitreichenden Folgen:

- ⌚ „Nicht zu den Aufgaben des Zweckverbandes gehören die Unterhaltung und Reinigung der zur Straßenoberflächenentwässerung dienenden Einläufe und Sinkkästen.“ Fehlende Reinigung ist bemerkbar bei Starkregen und Tauwetter: Das Wasser steht in der Straße über den verstopften Abläufen. Dem Vernehmen nach müssen die Kommunen dann auch die Reinigung übergemeindlicher Straßen (Kreis, Land, Bund) übernehmen, falls diese in der Ortslage sich befinden.
- ⌚ „Der Verbraucherbeirat kann aus bis zu 13 Mitgliedern (Beiräten) bestehen.“ Weiterhin: „Er soll aus 10 sachkundigen Bürgern der Mitgliedsgemeinden und drei Vertretern des Zweckverbandes bestehen.“ Damit hat zumindest das jahrelange Anrennen von Dr. Peter Steinbock zur besseren Wirksamkeit des Verbraucherbeirates eine notwendige Änderung erfahren. Offen bleibt, ob „Er soll...“ im Sinne eines „Er muss ...“ oder „Er kann ...“ zu interpretieren sein muss.

Siegmond Borek

Die BIZ zu den Auswirkungen der Energiewende

Die gewollte Energiewende in Deutschland schreitet voran. Ob Windenergie, Solarmodule oder Biogas - ein Viertel unseres Stroms kommt inzwischen aus erneuerbaren Energiequellen. Dies ist eigentlich eine gute Nachricht. Wären da nicht die ungleich verteilten Kosten. Denn der Staat fördert den Ausbau von alternativen Energien, die hohen Subventionen aber müssen die Steuerzahler als Privatabnehmer tragen. Kostentreiber ist in diesem Zusammenhang der niedrige Börsenstrompreis. In diesem Zusammenhang widerspiegelt sich eine an sich eine schizophrene Tatsache, denn eigentlich müsste der Verbraucher vom niedrigen Strompreis profitieren. Das dies nicht geschieht ist Gegenstand einer falschen Förder- und Steuerpolitik des Staates. Es zeichnet sich seit längerem ab: Experten erwarten, dass die Ökostrom-Zulage (EEG) 2014 von derzeit 5,3 Cent pro Kilowattstunde im nächsten Jahr auf einen Betrag von 6,3 Cent erhöht wird. Auch die Netzzulage soll steigen. Nach Presseinformationen um 0,2 bis 0,4 Cent pro Kilowattstunde. **Damit ist unter der "Schwarz-Gelben" Regierung die EEG-Umlage drastisch um das Vierfache angestiegen.** Das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dass die Umlage nicht über 3,5 Cent je Kilowattstunde steigen werde, hat sie gebrochen. Im Jahr 2009 betrug die Umlage noch 1,13 Cent pro Kilowattstunde. **Grund eins dafür ist:** Die Bundesregierung garantiert den Ökostromanbietern einen politisch festgesetzten Abnahmepreis, der bei weitem nicht immer am Markt zu erzielen ist. Die Differenz zwischen dem für den Strom an der Börse erzielten Preis und diesem auf 20 Jahre garantierten Vergütungssatz zahlen die Verbraucher per Umlage. Und es gibt noch **einen weiteren Grund** für den Anstieg der Kosten: Während Millionen von Privathaushalte unter steigenden Strompreisen leiden, sind viele Unternehmen von diesen Zulagen befreit. Mittlerweile sind es mehr als 3000 und es werden immer mehr. Um energieintensivere Betriebe zu entlasten, hat die Bundesregierung für 2013 die Grenze sogar noch stark gesenkt, ab der Unternehmen von der Umlage befreit werden dürfen. Die Schwelle wurde von einem Stromverbrauch von bisher zehn auf eine Gigawattstunde verringert. Da staunt sogar der Bundesumweltminister K. Altmeier (CDU) mit seiner nur angedeuteten „Strompreisbremse“, als Beruhigungsspiel vor der Bundestagswahl. Mit globalen bzw. internationalen Wettbewerbsnachteilen exportierender Betriebe hat das wenig zu tun. Wenn auch Mastbetriebe, Golfplatzbetreiber und ähnliche Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden, stellt das Vergleichsportal „Verivox“ fest.

Das diesem ungesunden und unsozialen Abkassieren ein Riegel vorgeschoben werden muss, forderte aktuell auch die nunmehr endlich erwachte EU-Kommission. Wenn eine bestimmte Strommenge aus einem Energieträger erreicht ist, soll dessen Förderung durch die Politik abgebremst werden. Dieser Mechanismus fehlt bisher in Deutschland. Im Gegenteil der Finanzminister freut sich über „sprudelnde Einnahmen“. Grundsätzlich pocht die Behörde auf mehr Wettbewerb am Energiemarkt. Der Bürger sollte bei diesen Forderungen der EU-Behörde im Auge behalten, dass im nächsten Jahr Europawahlen sind und sich nicht von derartigen populistischen „Vorstößen“ täuschen lassen.

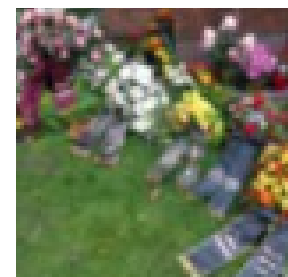
Dietrich

Hoffmann

Am 01.11.2013 fand auf dem Friedhof Rudower Str. in Berlin die Trauerfeier und Beisetzung unseres ehemaligen Vorstandsmitgliedes Herrn Dr. Lothar Wittig statt. Daran nahm vom Vorstand der BIZ Herr Siegmund Borek teil. Das Gebinde mit Schleife in der rechten unteren Ecke wurde dabei von ihm an seiner letzten Ruhestätte abgelegt.

Dietrich

Hoffmann



Jubiläum nicht nur in Zeulenroda

Am 15.11.2013 um 17.00 Uhr wird aus Anlass des 130-jährigen Jubiläums der Eröffnung der Eisenbahnstrecke **Mehltheuer-Zeulenroda-Weida-Altstadt** im Rathaus Zeulenroda eine Ausstellung zur Geschichte dieser Strecke eröffnet. Bereits in der OTZ, und im Amtsblatt wurde darauf verwiesen. Diese Ausstellung wird bis Ende Januar 2014 zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu besichtigen sein, und sollte mit den eingereichten Beiträgen von über 20 Interessenten an der Eisenbahnentwicklung aus dem Territorium reges Interesse finden.

Dietrich Hoffmann

Reiches Deutschland-Armes Thüringen mit vielen ausgehungerten Kommunen

Aus der OTZ vom 08.11.2013 entnehme ich, dass parteiübergreifend von den Bürgermeistern auf der Bürgermeisterkonferenz das Aushungern der Kommunen durch das Finanzministerium vehement und in breiter Front beklagt wird. Es ist, so glaube ich an der Zeit dies nicht nur immer wieder festzustellen, sondern es müsste endlich gehandelt werden. Schlimme Folge der immer weiter schrumpfenden Finanzausstattung der Kommunen ist deren massiver Abbau der kommunalen Selbstverwaltung durch den drastischen Kürzungswahn bei den Mittelzuweisungen beim kommunalen Finanzausgleich. Scheinbar braucht diese Regierung für ihre zahlreichen Amigoaffären die bei den Kommunen eingesparten Mittel als Ausgleich für diese Zwecke!

Dietrich Hoffmann

Achtung! Eine letztmalige Erinnerung für die Anmeldung zum „Karpfenessen 2013“: Die BIZ veranstaltet einmal jährlich, so auch 2013, ihr traditionelles **„Karpfen-Brauchtumsessen“ am: Freitag, dem 06. Dezember 2013, ab 18.00 Uhr in der Gaststätte „Grüner Baum“ in Zeulenroda-Triebes, Märien Nr. 5! Um Ihre persönliche telefonische Voranmeldung mit Essenswunsch im „GrünenBaum“: Telefon: 036628 83257** wird bis spätestens **22.11.2013** gebeten!

Dietrich

Hoffmann

Die BIZ informiert

Die geplante Einwohnerversammlung mit der Vorstellung der Varianten für den 2. Bauabschnitt des Promenadenweges findet nicht wie ursprünglich geplant am 22.11.2013 statt, sondern erst am 11. Dezember 19.00 Uhr. Interessierte Mitglieder aus den Reihen der BIZ und ihrer Sympathisanten sind dazu herzlich eingeladen, denn dort werden alle direkt Verantwortlichen anwesend sein und entsprechend ihrer Kompetenz zu den Anliegen der Zeulenrodaer Antworten geben können.

Dietrich Hoffmann

Unsere nächste Vorstandsberatung findet am 21. November 2013, 19.00 Uhr, in der "Deutschen Eiche" in Zeulenroda statt. Die Themen werden noch bekannt gegeben.

Vorinformation: Die Abfallgebühren werden bis 2017 konstant bleiben – so der kürzlich gefasste Beschluss der AWW-Verbandsversammlung. Details=nächste Info Der Vorstand

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:** Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat V. i. d. S. u. P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes